

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 9038/39
Telex: 888846 ppbn d
Telefax: 21 0664

Inhalt

Florian Gerster MdB zum
Umgang mit den „Republi-
kanern“: Gefahr für die SPD?
Seite 1

Michael Müller MdB zu Ursach-
en und Konsequenzen der
Umweltzerstörung: Die Kli-
makatastrophe. (Teil II)
Seite 3

Dagmar Luuk MdB zur poli-
tischen Entwicklung in
Athen: Bewährungsprobe für
die griechische Demokratie.
(Teil II und Schluß)
Seite 5

44. Jahrgang / 145

1. August 1989

Gefahr für die SPD?

Zum Umgang mit den „Republikanern“

Von Florian Gerster MdB

Schon die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus haben gezeigt, daß die rechtsradikalen Republikaner keineswegs ausschließlich vom bundesweiten Niedergang der Union profitieren. Auch in Berlin gab es überraschende Wahlerfolge der neuen Partei in klassischen Arbeitnehmer-Stimmbezirken mit traditionell hohem SPD-Wähleranteil.

Die Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim, kommt in einer gründlichen Analyse des bundesdeutschen Europawahlergebnisses 1989 zu dem Schluß: „In keiner anderen Parteienhängerschaft sind die Facharbeiter so stark vertreten wie bei den Republikanern.“ Die jüngste Untersuchung des FORSA-Instituts über Rechtswähler in einer SPD-Hochburg, dem Dortmunder Norden, schreckte die Öffentlichkeit und die Sozialdemokratische Partei auf und dämpfte allzu große Hoffnungen auf einen sozialdemokratischen Wahlsieg 1990.

Lesenswert: das Wahlprogramm

Der Erfolg der Schönhuber-Truppe ist inzwischen in mehreren Wahlen so eindeutig bestätigt worden, daß Verdrängen und Leugnen als Abwehrmechanismen nicht mehr taugen. Es bedarf der politischen Auseinandersetzung, der tatsächengestützten Argumentation, um die diffuse Anziehungskraft auf unzufriedene Wahlbürger zu verringern.

Obwohl die Republikaner - im Unterschied zu NPD und DVU - keine eindeutig neonazistische Partei sind, ist in ihrem Grundsatzzprogramm altbekanntes Gedankengut der bundesrepublikanischen äußersten Rechten enthalten:

- Klagen über die „verwahrloste“ Kultur in der Bundesrepublik,
- Verharmlosung deutscher Unrechtspolitik im Dritten Reich - „Kriegspropaganda der Siegermächte“ - und Zweifel an der deutschen Schuld am Zweiten Weltkrieg,

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 92,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Kundigeher Umgang
mit dem Presse- und
Anzeigen-Papier



- Forderung nach Entpolitisierung der Gewerkschaftsbewegung.
- Beschränkung der Frau auf die Familienrolle.

Bei der Suche nach einem bundesdeutschen Sonderweg außerhalb von NATO und EG treffen rechte und linke Fundamentalisten aufeinander - eine bemerkenswerte Gemeinsamkeit!

Konkret wird die Kampfansage an den liberalen Rechtsstaat in der Politik gegenüber Ausländern und in der Medienpolitik:

- die Behandlung von Ausländern als „Gästen“ schließe Familienzusammenführung und Sozialleistungsansprüche aus,
- zum Schutz des von der „geistigen Umweltverschmutzung“ bedrohten Bürgers müssen „partei- und gruppenabhängige Kontrollorgane für die Medien“ geschaffen werden.

Schönhuber: „Wenn wir an der Macht sind, wird es ‚Kennzeichen D‘ nicht mehr geben.“

Im Wahlkampf zum Berliner Abgeordnetenhaus wurde die geistige Nähe zum Neonazismus durch antisemitische Parolen und aggressive Kampagnen gegen Ausländer überdeutlich. Die Wahlempfehlung der Berliner NPD zu Gunsten der Partei tat ein übriges zur Klarstellung.

Herausforderung für die SPD?

Trotz allem: die wachsenden Wahlerfolge der Republikaner drücken weniger ein geschlossenes rechtsradikales Weltbild, als vielmehr Unzufriedenheit ernstzunehmender Bevölkerungsgruppen mit den „etablierten“ Parteien aus - auch mit der SPD. Nicht erst seit der FORSA-Untersuchung wissen wir von dem (kleineren) Wählerstrom SPD-Republikaner.

Welche Lehren müssen wir aus diesen Erkenntnissen für die Vorbereitung des Bundeswahlkampfes 1990 ziehen?

1. Renaissance der klassischen Sozialpolitik für Arbeitnehmerfamilien und kleine Leute im eigenen Land als Priorität Nummer Eins.
2. Gemeinschaftsorientierung und gelebte Solidarität in der sozialdemokratischen Vertrauensarbeit statt Verherrlichung eines modernen Individualismus.
3. Rot-Grün kann nach einem Wahlergebnis nur Notlösung sein, wie eine große Koalition. Rot-Grün als Liebesheirat würde sozialdemokratische Stammwähler verschrecken.
4. Kontraproduktiv sind sogenannte Antifaschistische Bündnisse mit zweifelhaften Partnern aus dem linksalternativen Lager. Damit verliert man Wähler an die Neue Rechte statt sie zurückzugewinnen.

(-/1.8.1989/v0-he/rs)

* * *

Die Klimakatastrophe (Teil II)**Zu Ursachen und Konsequenzen der Umweltzerstörung**

Von Michael Müller MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion in der Enquetekommission des Deutschen Bundestages
„Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“

III.

Die größte Herausforderung für die Menschheit ist die reale Gefahr einer Klimakatastrophe. Schon in wenigen Jahrzehnten können sich die Klimazonen und die Niederschlagsverhältnisse weitreichend verändern. Wüsten wandern dann polwärts, Regen bleibt dort aus, wo er gebraucht wird, und er nimmt dort zu, wo er verheerende Schäden anrichten kann. Die Nahrungsgrundlagen würden sich verschlechtern, Meeressgewalten aufgestachelt: Hungersnöte, Völkerwanderungen und weltweite soziale Konflikte wären die Folge.

Vor allem die Verbrennung fossiler Brennstoffe reichert die Atmosphäre mit Kohlendioxid an. Hinzu kommen Waldverluste, die indirekt die Situation dadurch verschärfen, daß sie als Kohlendioxid-Senke ausfallen. Durch diese menschlichen Eingriffe verändern sich die natürlichen Kohlenstoff-Flüsse, die zwischen den einzelnen Speichern Atmosphäre, Ozean, Biosphäre und Sedimenten ablaufen. Rund 50 Prozent der zusätzlichen Mengen werden nicht von den natürlichen Kreisläufen zeitlich fixiert oder abgebaut. Sie erhöhen damit den Kohlendioxid-Gehalt in der Troposphäre. Diese Anreicherungsprozesse werden seit 1958 auch durch direkte Messungen auf der Mauna-Loa-Station auf Hawaii festgehalten. Der Vergleich zu früheren Konzentrationen zeigt eindeutige Ergebnisse: Seit rund 100 Jahren steigt die Kohlendioxid-Kurve stark an, besonders seit der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts. Die Erdatmosphäre enthielt in der vergangenen Million Jahre nie derart viel Kohlendioxid wie gegenwärtig. Ihre Konzentration liegt heute um 35 Prozent über dem Stand von Mittel des letzten Jahrhunderts bei circa 350 ppm. In den vergangenen Warmzeiten erreichte sie höchstens 290 ppm, in Eiszeiten lag sie bei 180 bis 200 ppm. Die erhöhte Kohlendioxid-Konzentration steht somit in einem engen Zusammenhang mit der künstlichen Erwärmung, wobei der verzögerte Anstieg durch die Speicherkapazitäten des Ozeans berücksichtigt werden muß.

Wenn sich dieser Trend der Kohlendioxid-Konzentration fortsetzt, muß um das Jahr 2075 mit einer Verdoppelung der natürlichen Konzentrationsrate in der Atmosphäre gerechnet werden. Das heißt, im Vergleich zum vorindustriellen Niveau hätte sich der atmosphärische Gehalt dann auf rund 560 ppm erhöht. Dies hätte einen globalen Temperaturanstieg von drei Grad Celsius zur Folge. Damit würde ein Wärmeniveau auf der Erde erreicht werden, das es in der Menschheitsgeschichte noch nicht gegeben hat. Voraussetzung hierfür ist allerdings, daß das Klimasystem wie bisher träge reagiert und ein großer Teil der Aufheizung im Ozean über einen längeren Zeitraum gespeichert wird.

Mit der Erkenntnis, daß nicht nur zusätzliches Kohlendioxid zur Erderwärmung beiträge, hat sich die Situation in den letzten zehn Jahren weiter verschärft. Wissenschaftler entdeckten, daß weitere Treibhausgase, insgesamt sind bisher rund 40 identifiziert, existieren, die ebenfalls Strahlungswärme absorbieren. Auf der Internationalen Klimakonferenz 1985 in Villach bestand bei den Klimafor-schern eine Übereinstimmung über die Dramatik dieser Entdeckung. Denn die neu entdeckten Treibhausgase können in den nächsten Jahrzehnten bereits ebensoviel zur globalen Erwärmung der Erde beitragen wie das Kohlendioxid. So wird sich der Zeitpunkt, an dem möglicherweise der Effekt einer Kohlendiooxy-Verdoppelung in der Atmosphäre eintritt, auf wenige Jahrzehnte verkürzen. Der Temperaturanstieg um plus drei Grad Celsius kann demnach bereits bis zum Jahre 2030 bis 2040 nicht mehr ausgeschlossen werden. Dies liegt innerhalb des Planungshorizonts vieler großer öffentlicher und privater Investitionsvorhaben und in der Lebensspanne noch vieler heute lebender Menschen.

Auf der Villach-Tagung 1987 und auf der Weltklimakonferenz in Toronto 1988 wurden konkrete Abschätzungen über die Anteile der wichtigsten Treibhausgase an der Erderwärmung gegeben: Danach ist Kohlendioxid mit 50 Prozent, Methan mit rund 19 Prozent, FCKW mit 17 Prozent, Ozon in der Troposphäre mit acht Prozent und Distickstoffoxyd mit vier Prozent an der Verdichtung des Treibhauseffektes beteiligt.

Die Deutsche Meteorologische Gesellschaft für die Deutsche Physikalische Gesellschaft übernahmen noch 1987 diese Daten in einer eigenen Erklärung und bezifferten ebenfalls den möglichen

Temperaturanstieg auf sechs Prozent Celsius für die nächsten 100 Jahre. Die in dieser Prognose vermuteten Ausmaße und die ungeheure Geschwindigkeit der Erwärmung wird alle bisher bekannten Klimaveränderungen übertreffen und damit erhebliche Auswirkungen auf die Ökosysteme und Lebensbedingungen haben. Liegt das Tempo natürlicher Verschiebungen im langfristigen Mittel bei 0,001 Grad Celsius pro Dekade, so kann zukünftig eine Änderungsrate von 0,5 Grad Celsius oder sogar noch höher pro Jahrzehnt nicht ausgeschlossen werden. Ein Grad Celsius Temperaturanstieg pro Jahrhundert wird als kritische Schwankungsgrenze angenommen. Der Klimastreß kann nicht ohne weitere schädliche Einflüsse auf die Naturprozesse bleiben. Zahlreiche, heute noch weitgehend unbekannte Verstärkungs- oder negative Rückkoppelungsprozesse müssen erwartet werden, wenn die Erdatmosphäre ihr Gleichgewicht verliert.

Die Klimamodelle sind zweifellos noch mit einigen Unsicherheiten behaftet. Zum Beispiel ist es schwierig, die Simulation von Wolkenbildung vorzunehmen. Auch ist nur relativ wenig über die thermische Speicherkapazität der Meere bekannt. Das gilt sowohl für den meridionalen Wärmetransport wie auch für die Speicherkapazität von Kohlendioxyd. Gibt es in diesem System beispielsweise Veränderungen, kann sich die Aufheizung der Atmosphäre wesentlich verzögern. Insgesamt konkretisieren sich die Vorhersagen der Klimaforscher. Wichtigste Indikatoren hierfür sind:

- 0 der paläoklimatologische Gegencheck über die Konzentration von Kohlendioxyd in der Atmosphäre;
- 0 Umverteilung der Niederschläge während der vergangenen 40 Jahre, zum Äquator hin wurde es trockener, während im Norden der Regen zunahm. Dies konzentriert sich auf das Winterhalbjahr;
- 0 globaler Temperaturanstieg in den oberen Ozeanschichten;
- 0 Abschmelzung der Gebirgsgletscher in allen Breitenzonen seit rund 100 Jahren;
- 0 Zunahme des Wasserdampfgehaltes in den Tropen während der letzten 30 Jahre;
- 0 Anstieg des mittleren Meeresspiegels, gegenwärtig beträgt die Tendenz 20 cm pro Jahrhundert;
- 0 Temperaturabsenkung in der Stratosphäre von rund 1,7 Prozent Celsius.

Dies sind deutliche Anzeichen für einen Klimawechsel. Diese Indizien und die Modellrechnungen der Klimaforscher passen tendenziell zusammen. 1988 war unter klimatischen Gesichtspunkten ein besonderes unruhiges Jahr:

- Wirbelstürme nahmen zu, Gilbert und Joan sind uns noch in schlechter Erinnerung. Ihr Auftreten ist auch darin begründet, daß die Oberflächentemperatur des Pazifiks häufiger über 27,5 Prozent ansteigt.
- In vielen Regionen der USA, Sowjetunion und von China und Indien verdorrte die Vegetation, gefährdet sind vor allem die großen Weizengürtel der Erde. Gleichzeitig sank in vielen Bereichen der Wasserstand und Grundwasserspiegel erheblich ab.
- Nach einem Bericht des World-Watch-Instituts verloren allein in Bangladesch und um Sudan rund 25 Millionen Menschen auch deshalb ihre Unterkunft, weil Überschwemmungen aufgrund klimatischer Einflüsse zunehmend und größere Ausmaße erreichen.
- Die Dürre in der Sahel-Zone hält seit 1968 an und weitet sich aus. Ebenso nimmt der EL-Nino-Effekt im Pazifik zu.

Die Wissenschaftler warnen einmütig, die Veränderungen können schneller stattfinden als erwartet. Die Zeit zum Bremsen und Gegensteuern wird aber kürzer. Klimaverschiebungen verhalten sich nämlich wie ein großes Schiff unter Vollampf: Es schwimmt auch dann vorerst weiter, wenn die Motoren bereits abgestellt sind. Wir müssen also schnell handeln. Die Wissenschaftler gehen allgemein davon aus, daß bei dem gegenwärtigen Trend eine Temperaturerhöhung ab 1,5 Grad Celsius die kritische Grenze erreicht. Mit anderen Worten: In den nächsten zehn bis 15 Jahren müssen ökologische Kurskorrekturen durchgeführt werden, um eine Klimakatastrophe zu verhindern.

(Den dritten Teil und Schluß veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe) (-/1.8.1989/vo-hs/rs)

Bewährungsprobe für die griechische Demokratie (Teil II)

Zur politischen Entwicklung in Athen

Von Dagmar Luuk MdB

Vorsitzende der deutsch-griechischen Parlamentariergruppe des Deutschen Bundestages

Papandreou hat mit seiner „Ölzweig-Diplomatie“ und seinen beiden Treffen mit Oza! die Spannungen im Verhältnis Griechenland-Türkei erheblich abbauen können. Indessen waren angesichts der jahrhundertealten Erbfeindschaft zwischen beiden Ländern die Widerstände gegen diese Annäherung überaus massiv. Dennoch ist unverkennbar, daß beide Seiten den Willen zeigen, sich aufeinander zuzubewegen, auch wenn diese Bewegung alles andere als rasant verläuft.

Die Regierungskrisen um Zypern und die Kanonenboot-Politik in der Ägäis dürften allerdings der Vergangenheit angehören; der Dialog ist eingeleitet, und diese Politik bindet auch die Papandreou-Nachfolger. Mag sein, daß der türkische Nachbar durch sein militärisches und numerisches Übergewicht sich nach wie vor in einer besseren Ausgangsposition wähnt. Ankara aber muß in sein politisches Kalkül stets einbeziehen, daß in einer für seine Zukunft entscheidenden Frage Griechenland ein überaus gewichtiges Wort mitzureden hat: der Schlüssel für die Vollmitgliedschaft der Türkei in der EG nämlich liegt in Athen. Und seinen Handlungsspielraum in der Gemeinschaft hat Griechenland durch Papandreou stets auszunutzen gewußt.

Ziel der Europa-Politik Athens ist es, mit der Gemeinschaft nach Regelungen zu suchen, „die mit dem wirtschaftlichen und sozialen Programm des Landes in Übereinstimmung stehen und zur Verwirklichung seiner Entwicklungsziele beitragen“. So hat es die PASOK praktiziert und dabei die Interessen der griechischen Landwirtschaft wie der Industrie durchgesetzt, mit einer Effizienz, welche die Nachfolge-Regierungen durchaus vor Probleme stellen könnte. Athen, so die Bilanz der Europa-Politik Papandreous, hat sich im europäischen Einigungsprozeß keineswegs sperrig gezeigt, verständlicherweise aber auch nicht europafreundlicher als manche Gründungsmitglieder der Gemeinschaft. Hat Athen eine außenpolitische Sonderstellung demonstriert, geschah dies aus primär innenpolitischen Gründen. Das wird auch unter einer konservativen Regierung so bleiben. Und derzeit deutet beinahe alles darauf hin, daß Griechenland nach den Wahlen im Oktober eine konservative Regierung unter Kostas Mitsotakis erhalten wird.

Zunächst aber muß das politische System Griechenlands, so der gegenwärtige Premier Tsannetakis, die von der PASOK verursachte Krise der politischen Kultur bewältigen. Keine Frage, daß die

nun anstehende Selbstreinigung beim Votum des Wählers im Herbst sich vor allem zu Lasten der Sozialisten auswirken dürfte. Das „historische Bündnis“, das letztendlich die nationale Aussöhnung der Griechen besiegelt und die durch den Bürgerkrieg verursachten Spaltungen und Ängste überwindet, wird nach den Wahlen keine Neuauflage erfahren. Die gegensätzlichen ideologischen Positionen dieser ungleichen Partner schließen ein gemeinsames politisches Sachprogramm auf Dauer aus; allein die - wenn auch kurzfristige - Existenz dieses aus einer Art Notstandssituation resultierenden Bündnisses ist ein Wert an sich.

Griechenland steht vor der Chance, daß sich das Verhältnis der Parteien zueinander positiv verändert. Die Polarisierung zwischen links und rechts hat sich durch das „historische Bündnis“ erheblich reduziert, die klassische politische Frontstellung ist durchbrochen. Das kann sich beinahe segensreich auf die politische Kultur in Athen auswirken - wenn die Konservativen als mögliche künftige Alleinregierung tatsächlich ernst machen mit der Ankündigung, den Staatsapparat von parteipolitischen Einflüssen freizuhalten und nicht der Versuchung erliegen, der Justiz bei der Aufarbeitung der Skandale die Hand zu führen. Und die Sozialisten müssen sich der Tatsache bewußt werden, daß die Zeit der überragenden, charismatischen Parteiführer in Griechenland mit Andreas Papandreou zu Ende gegangen ist. Charisma allein ist so vergänglich wie der Zuspruch der Wähler.

Die PASOK aber wird den Weg aus der Krise suchen müssen. Als Regierungspartei hatte sie einen rasanten Aufstieg genommen, hat die zur politischen Mitte tendierenden Wähler der ehemaligen Zentrumsparteien an sich binden können und mit einer moderaten Regierungspolitik bei radikaler Parteiprogrammatik über ein relativ breitgefächertes Wählerpotential verfügt. Dieser politische Spagat ist von den Oppositionsbänken aus nicht durchzuführen. Griechenland aber hat, auch nach achtjähriger PASOK-Regierung, noch immer einen Nachholbedarf an gesellschaftlichen Veränderungen. Die Grundrichtung der Sozialisten bleibt damit vorgegeben, und darin liegt auch die Chance.

(-/1.8.1989/vo-he/rs)

* * *